



© APA/Roland Schlager

den digitalen Raum, falls eine Einigung auf europäischer Ebene nicht zustandekommt, die Klärung der medienrechtlichen Behandlung von Aggregatoren und Plattformen im Internet (Facebook, Google, YouTube) und vor allem die Forcierung der Errichtung der „digitalen Betriebsstätte“, um auch die multinationalen Werbeträger (Facebook, Google, etc.) zur Steuerpflicht in Österreich zu zwingen.

VÖP: Medienstandort stärken
Und was sagt die private Konkurrenz zur derzeitigen Situation, bzw. welche Erwartungen hegen sie in Bezug auf die Enquete?

Dazu KroneHit-Geschäftsführer und VÖP-Präsident Ernst Swoboda: „Ich erwarte und hoffe, dass es im Rahmen dieser Enquete gelingt, durch das Sammeln von Überlegungen, Ideen und Konzepten aus verschie-

densten Blickwinkeln und deren Diskussion ein solides Fundament zu erhalten, auf dem die notwendigen Neuregelungen für das österreichische Medienwesen aufgebaut werden können.“

Die wesentlichste Zielsetzung und Vision müsse dabei sein, so Swoboda, „die österreichischen Medien und den österreichischen Medienstandort so zu stärken und zukunftsfit zu machen, dass Österreichs Medien gegenüber der inzwischen globalen Konkurrenz gut und sicher bestehen können“.

Dualer Rundfunkmarkt

Ähnlich VÖP-Geschäftsführerin Corinna Drumm, die einen Reformstau anprangert und meint: „Es steht viel auf dem Spiel: Der Druck auf europäische Medien vonseiten dominanter US-Medienplattformen, die nicht nach den gleichen Spielregeln agieren, steigt laufend. Dadurch sind Pluralität und Qualität der österreichischen Medienlandschaft substanziell in Gefahr.

Das sagt der VÖZ

Seitens des Verbands der heimischen Printverleger will man vor allem auf die derzeitige Ungleichbehandlung heimischer Player den großen **globalen Mitbewerbern** gegenüber hinzeigen. Während auf der einen Seite das eigene Inseratengeschäft etwa durch die **Werbeabgabe** belastet werde, zögen Facebook & Co, ohne nennenswerte Wertschöpfung im Land zu leisten oder selbst von der Abgabe betroffen zu sein, Millionen an Werbegeldern aus Österreich ab. Hier fordert der VÖZ eine **Abschaffung der Abgabe** oder die Einbeziehung aller Mediengattungen unter Anpassung des Steuersatzes und Nutzung der zusätzlichen Einnahmen zur besseren Dotierung der **Presseförderung**. Diese solle übrigens reformiert werden und künftig nach Kriterien wie etwas der Förderung von redaktioneller Qualität, der Anwendung des Kollektivvertrags für Journalisten, etc. ausgeschüttet werden.

Neos & Medienpolitik

Im Gegensatz zur SPÖ sind die Neos zum Teil deutlich radikaler in ihren Forderungen beim ORF. So wollen sie etwa die **Rundfunkgebühr** abschaffen und den **ORF aus dem Budget finanzieren**. Von einer Haushaltsabgabe halten sie nichts. ORF eins oder Ö3 privatisieren wollen die Neos zwar nicht, doch fordern sie, dass der ORF Public Value-Inhalte den Privaten zur Verfügung stellt, um eine höhere Verbreitung dieser zu erreichen, so ihr Argument. Bei der **Führungsstruktur** fordern die Neos eine Lösung nach dem Aktienrecht, bei dem eine Eigentümerversammlung einen Aufsichtsrat wählt, welcher wiederum einen **Vorstand** bestimmt. Die Neos wollen auch die Landesstudios reformieren. Bei der **Privatsenderförderung** fordern die Neos eine Evaluierung des bestehenden Systems, lehnen es aber nicht gänzlich ab, im Gegenteil: Sie fordern eine Neuaufstellung der gesamten Medienförderung und meinen dabei aber auch die **Regierungsinserate**, deren Volumen künftig auch anderen Medien zur Verfügung gestellt werden sollte